

31. März 2009

## ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

der Abgeordneten Ing. Hofer, Jannach  
und weiterer Abgeordneter

### **betreffend Erhaltung der heimischen kleinbäuerlichen Struktur und der Diversität von Arten und Ökosystemen**

Der Arten- und Sortenreichtum der Natur und Landwirtschaft und die Vielfalt an Naturräumen erbringen eine Vielzahl von Produkten und Leistungen für die menschliche Entwicklung. Diese Entwicklungsmöglichkeiten betreffen alle Bereiche der Zivilisation, sei es medizinischer Fortschritt, die Möglichkeit organischer Computerchips und vieles mehr. Gerade die Biodiversität, die uns diese Forschungsmöglichkeiten bietet, ist gefährdet und zwar in jedem Bereich: der genetischen Vielfalt, der Artenvielfalt und der Diversität der Ökosysteme.

Die Bedrohung der natürlichen Vielfalt lässt sich anhand von Zahlen Belegen:

- 90 Prozent der Kohl-, Tomaten- und Maissorten gingen in den letzten 10 Jahren verloren
- Jede vierte Säugetierart ist vom Aussterben bedroht
- Von 1960 bis 1990 verschwand ein Fünftel der tropischen Wälder
- Sechs Prozent der Erdoberfläche bestehen aus Wüsten, die durch menschliche Einwirkung entstanden
- Mehr als zwei Drittel des Weide- und Ackerlandes in Afrika, Lateinamerika und Asien gelten als degradiert.

Die Gründe für den Rückgang der Artenvielfalt in jedem Bereich sind unterschiedlich. Der bedeutendste Faktor scheint das Bevölkerungswachstum und die resultierende, sich immer weiter verschärfende, Knappheit der endlichen Ressourcen zu sein.

Aber auch die Agrarindustrie mit ihren ausgedehnten Feldern, die monokulturell bewirtschaftet werden, hat ihren Anteil daran. Im Gegensatz dazu ist die heimische Landwirtschaft, aus geographischen und historischen Gründen, kleinbäuerlich strukturiert und sorgt dafür, die Artenvielfalt zu erhalten.

Ein weiteres Problem stellt der Einsatz von Gentechnik in der Landwirtschaft dar. Ein großflächiger Einsatz der Agrogentechnik wäre irreversibel, er würde nicht nur die Artenvielfalt gefährden, sondern die Souveränität fast aller Nationalstaaten untergraben, von den unvorhersehbaren Folgen für die menschliche, sowie die tierische Gesundheit und die betroffenen Ökosysteme ganz abgesehen. Ihr Einsatz wird daher von der FPÖ ausnahmslos abgelehnt. Österreich darf die Kontrolle über seine Nahrungsmittelversorgung nicht an Konzerne wie Monsanto verlieren.

Die heimische Landwirtschaft garantiert die Versorgung Österreichs mit ausreichend Nahrungsmitteln. Experimente, wie der Einsatz der Gentechnik, sind abzulehnen. Durch diese werden die Biodiversität und damit das Funktionieren unseres Ökosystems gefährdet. Die kleineren Felder unserer Landwirte verhindern großflächigen monokulturellen Anbau, der der Biodiversität entgegenwirkt und Raubbau an der Natur bedeutet.

Deshalb muss unsere Landwirtschaft so stark sein, dass wir unsere Bevölkerung auf heimischen Grund und Boden mit gesunden Lebensmitteln versorgen können. Die FPÖ bekennt sich zu einer bäuerlich strukturierten Landwirtschaft abseits von

Agrarfabriken und ohne jede Form von Gentechnik. Ein freier und leistungsfähiger Bauernstand ist Voraussetzung für den Erhalt der natürlichen Existenzgrundlagen unserer Heimat. Eine flächengebundene land- und forstwirtschaftliche Produktion nimmt auf das kleinräumige natürliche Gleichgewicht Rücksicht und schont unsere natürlichen Ressourcen.

Die unterfertigenden Abgeordneten stellen daher folgenden

### ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Die Bundesregierung wird aufgefordert, dem Nationalrat ein Maßnahmenpaket vorzulegen, um den Einsatz von Gentechnik in unserer Landwirtschaft dauerhaft zu verhindern, sowie das Weiterbestehen der heimischen Landwirtschaft in ihrer traditionellen Struktur zu sichern und die Ernährungssicherheit unserer Bevölkerung dauerhaft zu garantieren. Durch den Erhalt der heimischen Landwirtschaft in ihrer traditionellen Struktur soll die Diversität der Arten und Ökologie und damit das Funktionieren unseres Ökosystems dauerhaft gewährleistet werden.“

*In formeller Hinsicht wird die Zuweisung an den Ausschuss für Land- und Forstwirtschaft vorgeschlagen.*

Wien am  
31. MRZ. 2009